

## Landtagswahl 2008

### Bayern aber gerechter

### Eckpunkte für ein Familienprogramm

#### 6. Familie – Von der Geburt bis zum Hundertsten

Familien verstehen sich heute anders als noch vor einer oder zwei Generationen. In der Politik der CSU in Bayern finden aber die gesellschaftlichen Veränderungen, die ganz besonders die Familien betreffen, keine ausreichende Entsprechung. Politik muss jedoch für die vielfältige Lebensentwürfe und Formen des Zusammenlebens Angebote machen.

Immer noch gibt es in Bayern für Frauen und Männer keine Wahlfreiheit in der Entscheidung, Familie und Beruf zu vereinbaren.

Frühkindliche Bildung hat bisher nur in Sonntagsreden einen Stellenwert.

Das Kinderbetreuungsangebot gerade für Kinder von 0 bis 3 Jahren ist völlig unzureichend und regional sehr unterschiedlich verteilt.

Bayernweit stehen für ca. 320.000 Kinder nur 12.649 Kinderkrippenplätze zur Verfügung.

Selbst in den Kindergarten gehen nicht alle Kinder. Die Besuchsquote für Kindergartenkinder in Niederbayern beträgt z.B. nur 87 %.

Dazu kommt bei den Kindergartengebühren eine gigantische Gerechtigkeitslücke: Von kostenlos bis zu mehreren Hundert Euro im Monat reichen die regionalen Unterschiede. Das heißt, dass bereits bei der frühkindlichen Bildung der Geldbeutel der Eltern mit über die Zukunft des Kindes entscheidet.

Im Ländervergleich ist Bayern Schlusslicht:

Pro-Kopf-Förderung in Kindertageseinrichtungen:

Bayern: 2.925 Euro, Baden-Württemberg: 3.438 Euro, Berlin: 7.082 Euro,

## Unsere Konsequenzen: Familienland, Kinderland Bayern

### Bildungschancen von Anfang an – zum Vorteil von Kindern und Eltern und der Gesellschaft

Der Ausbau von Betreuungseinrichtungen ist angesichts der Bedeutung frühkindlicher Bildung unabdingbar. Wir werden einen Versorgungsgrad für Kinder von 0 bis 3 Jahren von 35 % verwirklichen.

Vom Betreuungsangebot hängt auch die Entscheidung für Kinder sehr stark ab. Denn nur so können Familie und Beruf vereinbart werden.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Qualität in den Einrichtungen: also mehr Personal, kleinere Gruppen, bessere finanzielle Ausstattung.

Wir wollen den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem 1. Geburtstag, vor allem auch auf einen Ganztagesplatz, umsetzen.

D.h. in Bayern muss es endlich auch einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz geben.

Bildung muss kostenfrei sein, als Einstieg wird das letzte Kindergartenjahr verpflichtend und kostenfrei für die Eltern.

Für alle Kinder wird eine Sprachstandserhebung durchgeführt, nicht nur Kinder mit Migrationshintergrund haben Probleme mit der Sprache. Alle Kinder müssen die Chance erhalten, individuell gefördert zu werden.

Der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule wird gleitend mit einer Eingangsstufe gestaltet, (die zwei oder drei Jahre dauern kann).

Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher wird neu geordnet und langfristig auf Fachhochschulniveau angehoben.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen ist auch eine Frage für die Wirtschaft. Wer gut ausgebildete junge Menschen beschäftigen will, muss Angebote für Eltern machen. Eine familienorientierte Arbeitswelt bedeutet: flexible Arbeitszeitmodelle und Kinderbetreuung betriebsnah.

## **Starke Familien haben starke Kinder - Deshalb: Familien stark machen**

Staat und Gesellschaft müssen die Voraussetzungen schaffen, dass der Kinderwunsch, den viele junge Menschen haben, auch erfüllt werden kann.

Dabei brauchen Eltern Beratung und Unterstützung, die von Anfang an, z.B. mit Haushebammen, gegeben werden kann.

Mit diesem Angebot kann die Erziehungskompetenz gestärkt werden, genauso wie mit Beratungsangeboten in den Kindertagesstätten (Elternschule).

Die Selbsthilfepotenziale der Familien müssen gestärkt werden. Lokale Bündnisse für Familien, niedrigschwellige Angebote zur Beratung, Nachbarschaftsbetreuung sind zu fördern.

## **Kinder sollen gesund aufwachsen**

Jedes Kind ist gleich viel wert. Es darf nicht von der sozialen oder regionalen Herkunft abhängen, ob ein Kind gesund aufwächst.

Dazu gehört auch die materielle Absicherung. Es dürfen nicht ganz Bevölkerungsteile von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen werden.

Ein Vehikel für diese Teilhabe ist der Mindestlohn.

Wichtig für eine gezielte Förderung ist die Sozialberichterstattung für den Freistaat, die regelmäßig stattfinden muss.

Ein gezieltes, soziales Frühwarnsystem (angefangen bei den Hebammen), das alle Akteure einbezieht, muss etabliert werden.

## **Familienfreundliches Lebensumfeld:**

Die Kommunen werden unterstützt bei ihrem Einsatz für Familien:

Wohnraum für Familien, Baulandausweisung für Familien zur Verfügung stellen, Umbau von Wohnquartieren für alle Generationen, Spielplätze, Freiflächen für Kinder und Jugendliche zur Freizeitgestaltung schaffen.

Freizeitprogramme und Beschäftigungsmöglichkeiten für Familien initiieren.

## **Pflege**

Familien sind oft auch für die Unterstützung pflegebedürftiger Familienmitglieder zuständig.

Die Freistellung zur Pflege soll vorbildhaft im öffentlichen Dienst ermöglicht werden. Ein Pflegezeitgesetz (analog zur Regelung in Österreich) soll für alle die Möglichkeit eröffnen, pflegebedürftige Familienangehörige zu pflegen.

Der Ausbau von Tages- und Begegnungsstätten für Ältere wird gefördert.

Die finanzielle Förderung von Altenheimen durch den Freistaat wird wieder eingesetzt.

## **Aktives Alter**

Langes und gesundes Leben, eine steigende Lebenserwartung ermöglichen eine neue aktive Lebensphase.

Die Herausforderung des demographischen Wandels kann nur bezwungen werden, wenn die verschiedenen Generationen solidarisch miteinander umgehen.

Das bedeutet für die älter werdende Gesellschaft eine bessere Planung in den Bereichen Pflege, Gesundheit aber auch Wohnen, Barrierefreiheit, Verkehr.

Aber auch Angebote für die „fitten Alten“, wie Seniorenstudium, bürgerschaftliches Engagement, Senioren-Wohngemeinschaften u.a. müssen erweitert und unterstützt werden.

Auch für die Älteren gilt unsere Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Landesteilen.